

Dieter Braunnüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2012

Nürtingen, den 12. Januar 2012

BÜRGERBETEILIGUNG BEIM WORT GENOMMEN – ODER: WEITER SO WIE BISHER?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns: Bürgermeisterwahl, Stuttgart-21-Diskussionen, Ausstieg aus der Atomkraft, Landtagswahl, Vereidigung des ersten grünen Ministerpräsidenten, Runde Tische wegen Teufelsbrücke und Wörth-Gelände, Oberbürgermeisterwahl, Volksentscheid.

In Nürtingen war und ist die Hoffnung auf Neustart und Weiterentwicklung weit verbreitet. Dies wird aus vielen Äußerungen immer wieder deutlich.

Vor allem das Thema der Beteiligung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Angelegenheiten der Stadt ist nach wie vor „in aller Munde“. Viele Hoffnungen, aber auch Enttäuschungen und Resignation sind da herauszuhören. Bürger möchten ernst genommen und bei allen wesentlichen Angelegenheiten ihrer Stadt von Anfang an in den Meinungs- und Entscheidungsfindungsprozess einbezogen werden. Die Sorge, mit Alibithemen und Randschauplätzen abgespeist zu werden, sollte ernst genommen werden.

Wir meinen, die Stadt kann stolz sein: Stolz auf die große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv in die Belange ihrer Stadt einschalten wollen, stolz auf die große Vielfalt von Themen, für die sich unsere Bürger interessieren – weit davon entfernt, nur ihren eigenen Vorgarten zu betrachten. Das ist mit Sicherheit ein Pfund, mit dem sich wuchern lässt. Dies darf keinesfalls diskriminiert werden, zu Ausgrenzung und Abwertung engagierter Bürger führen; auch wenn dieses Engagement nicht immer konfliktfrei und angepasst verläuft.

Angepasst und stromlinienförmig: Genau das sollte ernsthaftes bürgerschaftliches Engagement unserer Meinung nach *nicht* sein. Die Kraft zu verändern und weiterzuentwi-

ckeln entsteht häufig gerade auch aus der Notwendigkeit, sich mit kritischen Rückfragen, mit einem „neuen“ fachlichen Blick quasi von außen und vielfältigen Anregungen auseinanderzusetzen. Wohl der Stadt, die solche Bürger hat – und sie sich auch „leisten“ will.

Verwundert sind wir über einige öffentlichen Ansprachen unseres Oberbürgermeisters in den letzten Wochen, insbesondere auch aus Anlass der Haushaltsrede und der Silvesteransprache. Von **Wutbürgern in der Stadt** war da die Rede, die nur ihre Eigeninteressen verfolgen würden. Sind das *unsere* Bürgerinnen und Bürger, die Sie und ich kennen? Auch von „Fundamentalopposition“ im Gemeinderat wurde gesprochen. Was ist eine „Fundamentalopposition“? Ist das etwas, was wir beanstanden und ablehnen sollten? Wer soll diese fundamentale Opposition angeblich verkörpern?

Nach unserer Auffassung ist der Diskurs – also der Austausch und der Widerstreit von Standpunkten – Grundlage der Demokratie. Das muss nicht immer bequem sein, das ist ernsthaftes Ringen um den richtigen Weg öfters nicht. Es sollte keinesfalls diskreditiert werden. Unsere Demokratie lebt letztlich davon.

Allgemeine Wirtschaftslage

Vorhersagen über Wirtschaftsentwicklungen sind heute fast unmöglich und haben nur noch eine kurze Haltbarkeitsdauer. Die weltweite Banken- und Eurokrise ist eine Systemkrise mit weitreichenden Auswirkungen auf die lokale Realwirtschaft und somit auf die kommunalen Haushalte. Dies gilt vor allem für unsere Region mit ihrer exportabhängigen und auf das Auto und den Maschinen- und Anlagenbau spezialisierten Industrie. Leidtragende sind dann letztendlich die Bürgerinnen und Bürger. Wirtschaftsnachrichten sind mit Vorsicht zu betrachten. VW, Daimler, Audi, Porsche und BMW verkündeten für das Jahr 2011 Rekordabsätze bei ihren Fahrzeugen, wobei Hauptabnehmer China ist. Wir freuen uns über diese positive Nachricht und hoffen, dass die Gewinne in die Entwicklung von alternativen und spritsparenden Modellen reinvestiert werden.

Völlig widersprüchlich zu den gemeldeten Absatzrekorden vermeldet jedoch am gleichen Tag (7.1.2011) das Bundeswirtschaftsministerium, dass die schwache Nachfrage aus dem Ausland der deutschen Industrie zum Jahresende einen herben Dämpfer verpasst habe und die Aufträge im November so kräftig einbrachen, wie seit dem Höhepunkt der Finanzkrise vor knapp drei Jahren nicht mehr.

Haushaltsplan 2012 – die Schulden wachsen rasant

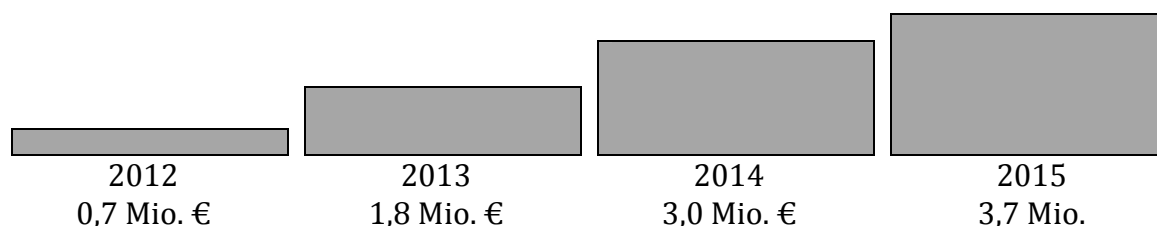
Die relativ guten Finanzeinnahmen in 2012 reichen nicht aus, um die vorgesehenen Investitionsausgaben von 20 Mio. Euro finanzieren zu können. Die Folge ist, dass acht Mio. Euro Schulden aufgenommen werden müssen. Dies führt zu einem Schuldenstand zum Jahresende 2012 von 24,4 Mio. Euro. Zum Jahresende 2015 wird bereits eine Kreditsumme von 48 Mio. Euro unterstellt.

Der höchste Schuldenstand, den die Stadt in den letzten 50 Jahren hatte, war 1990 mit 21 Mio. Euro. Über einen Zeitraum von 20 Jahren wurden diese Schulden in kleinen und mühsamen Schritten abgebaut. Im Jahr 2009 war der Tiefpunkt mit einem **Schuldenstand von 190.000 Euro** erreicht.

Seit 2010 wird in Riesenschritten das seit Jahrzehnten angestrebte Ziel der Schuldenfreiheit wieder verlassen. Es bestehen auch keine nennenswerten Haushaltsrücklagen mehr. Diese wurden im Krisenjahr 2009 komplett aufgebraucht. Wir halten es daher für unzutreffend, den Haushaltsvorschlag für 2012 als „einen Haushalt der Kontinuität“ zu bezeichnen, wie dies Herr Oberbürgermeister Heirich formuliert hat. Gleichwohl ist der OB überzeugt, dass diese Entwicklung nicht zukunftsfähig ist und er „die Zunahme der Verschuldung für nicht vertretbar hält“. Kontinuität beim Schuldenzuwachs halten auch wir für nicht zukunftsfähig!

Der Kämmerer sieht ebenfalls die Gefahr, dass wir „sehenden Auges in eine Schuldenfalle laufen“. Auch die Aufsichtsbehörde hat bereits 2010 der Verwaltung eindringlich empfohlen, den Kreditbedarf in den kommenden Jahren entschieden zu reduzieren, um die finanzielle Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten.

Die geplanten Kredite belasten, wie aus dem Finanzplan hervorgeht, die zukünftigen Haushalte mit beträchtlichen **Zins- und Tilgungskosten**:



Das rasante Ansteigen der Schulden und der Finanzierungskosten ist bedrohlich und engt den Handlungs- und Gestaltungsspielraum von Jahr zu Jahr mehr ein. Mit einer solchen prekären Situation waren wir bisher noch nicht konfrontiert. Die Ausgabenseite wird zur Tabuzone. Man getraut sich nicht mehr, einen kostenwirksamen Antrag zu stellen. Und sei er noch so vernünftig und gemeinnützig, wie z.B. eine Toilettenanlage auf dem Bahnhofsgelände. Sparen kann somit im wahrsten Sinne des Wortes „in die Hose gehen“.

Überlegungen zur Schuldenreduzierung

Der Vorschlag des OB, dass „Verwaltung und Gemeinderat gemeinsam in den Haushaltsberatungen versuchen sollen, die vorgesehenen Investitionen kritisch zu hinterfragen und über Streckungen und Verschiebungen nachzudenken“ ist im ersten Schritt der richtige Weg. Wir haben hierzu einige Haushaltsanträge eingebracht.

Dies ist jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei diesen Größenordnungen reicht das Prinzip „Schieben und Strecken“ bei den Investitionen nicht mehr aus, sondern es muss in einem zweiten Schritt der gesamte Haushalt durchforstet, Ursachenforschung betrieben und neue Strukturen unvoreingenommen zur Diskussion gestellt werden.

Für dringend angebracht halten wir auch einen interkommunalen Vergleich. Dieser Antrag wurde bereits letztes Jahr von der CDU gestellt und vom Gemeinderat auch beschlossen. Wir benötigen hier dringend Erkenntnisse.

Besorgniserregend ist u. a. die **Personalkostenentwicklung**. Diese entwickeln sich, unter Einbeziehung der bei der GWN erfassten Personalkosten von 23,0 Mio. Euro in 2008 auf

27,0 Mio. Euro im Jahr 2012. Dies bedeutet eine **jährliche Steigerung von 1 Mio. Euro**. Bei der von der IHK Stuttgart erstellten Analyse der Haushaltspläne 2011 von 24 Großen Kreisstädten und der Stadt Stuttgart würde Nürtingen mit der Relation „Personalkosten pro Einwohner“ den dritten Platz belegen. Lediglich Stuttgart und Sindelfingen weisen höhere Personalkosten aus. Bei der weiteren Analyse „Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes“ würde Nürtingen in 2011 sogar mit 35,7 % an der Spitze der 25 Städte liegen. Es ist uns bewusst, dass diese Statistiken sehr problematisch sind, da die Gemeinden unterschiedliche Strukturen haben. Aussagefähig sind jedoch die prozentualen jährlichen Kostensteigerungen bei den überprüften Städten.

Von der Verwaltung wird vielfach die Stadt Kirchheim als vorbildlich erwähnt und auf die Gefahr hingewiesen von Kirchheim abgehängt zu werden, etwa bei der Gewerbeansiedlung. Nürtingen und Kirchheim zählen beide zu den finanzschwachen Kommunen in der Region. Es ist jedoch festzustellen, dass Nürtingen bei einem Vergleich der in den Haushaltsplänen dargelegten Finanzeinnahmen besser positioniert ist als Kirchheim. Dennoch ist es Kirchheim gelungen, auf die ursprünglich für 2011 geplante Kreditaufnahme von 14,3 Mio. Euro zu verzichten und benötigt auch für 2012 vermutlich ebenfalls keinen Kredit. Es stellt sich die Frage, wie Kirchheim es dennoch schafft, seinen Haushalt in der Balance zu halten. Auch dies wäre wert, untersucht zu werden.

Haushaltsklausursitzung ist notwendig

Die von Herrn Oberbürgermeister Heirich angeregte Aussprache über die Möglichkeiten zum Abbau der Schulden ist dringend erforderlich. Hierzu ist mit Sicherheit eine größere Vorbereitungszeit notwendig. Im Rahmen der bereits terminierten Haushaltsberatungen wird dies nicht mehr möglich sein. Wir beantragen daher eine separate und zusätzliche Haushaltsklausursitzung mit dem Ziel der Erreichung einer **langfristigen Haushaltskonsolidierung** und einer Reduzierung der Schulden.

Zu den wichtigsten baulichen Problemen nehmen wir wie folgt Stellung:

Gewerbegebiet Großer Forst

Im Gewerbebezweckverband macht sich Unmut breit: „Der nächste Aufschlag muss sitzen!“. Das fordert der stellvertretende Vorsitzende des Zweckverbandes und Bürgermeister von Unterensingen, Sieghart Friz. Andere Gemeinderäte beklagen das hohe Defizit im Haushalt des Verbandes, der mit einem Mindererlös bei den Grundstücksverkäufen in der Bachhalde von zwei Millionen Euro und mit Vorabkosten von 800.000 Euro aus der geplatzten Grundstücksansiedlung auf dem Großen Forst belastet ist. Oberbürgermeister Heirich hat angekündigt, dass die Bürger umfassend zum Projekt Großer Forst angehört werden sollen:

„Er wird nur kommen, wenn er von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird.“¹, so die wörtliche Aussage. Wir freuen uns darauf und sind gespannt, wie das bewerkstelligt werden soll. Zugleich sind wir aufgrund unserer Erfahrungen aber auch etwas skeptisch: Der für die Bürgerbeteiligung vorgesehene Moderator ist nicht nur Vermittler, sondern gleichzeitig als Subunternehmer der LBBW Kommunalentwicklung tätig, die die Erschließung betreibt. Ob dies die richtige Ausgangssituation ist?

Wohnen in der Stadt

„Wohnen in der Stadt“ ist für unsere Fraktion seit jeher ein wichtiges Thema. Regelmäßig haben wir daher neue Pläne zu Wohnbebauungsvorhaben in Nürtingen unterstützt. Wir haben sowohl der Heinrichshöhe-Bebauung, der Pfluggarten-Bebauung, der geplanten Psychiatrie-Bebauung, der Oelkrug-Bebauung und mehreren kleineren Bauvorhaben vorbehaltlos zugestimmt. Darüber hinaus haben wir uns in der Vergangenheit ausdrücklich für einen Wohnbauschwerpunkt auf dem östlichen Bahngelände und dem Greiner-Areal am Galgenberg ausgesprochen. Beide Vorhaben halten wir weiterhin für zukunfts- und diskussionsfähig. Bei allen Projekten gehen wir davon aus, dass diese für die Stadt kostenneutral abzuwickeln sind und große und vielfältige Vorteile bringen. Ferner gibt

¹ „Sechs Fragen an die drei OB-Kandidaten“, aus: Nürtinger Zeitung, Samstag, 15. Oktober 2011.

es große Potenziale an Wohnbauflächen im Enzenhardt, dem Gänlesgrund, den Schlagwiesen in Hardt... Nicht zu vergessen, das Potential des Baulückenkatasters.

Beim **Wörthgelände** am Neckarufer sind wir jedoch der Überzeugung, dass an dieser mit Zuschussgeldern des Landes subventionierten Fläche auch die Allgemeinheit profitieren sollte. Bei den Runden Tischen wurden von einer breit involvierten, fachkundigen und sehr engagierten Bürgerschaft zahlreiche Gestaltungsvorschläge für dieses einzigartige Ufergelände eingebracht. Auch Fachleute haben sich zu derartigen Überlegungen positiv geäußert. Wir wollen anregen, dass der Gestaltungsbeirat, der sich voraussichtlich im Frühjahr konstituieren wird, die Gelegenheit erhält, sich zu diesem städtebaulich so wichtigen Vorhaben zu äußern – nicht zuletzt im Interesse einer dringend erforderlichen Befriedung in der Stadt.

Unsere Argumente, die von einer Vielzahl von Stimmen aus der Bürgerschaft bestätigt werden, sind nach wie vor nicht widerlegt. Sie sprechen für eine einzeilige Bebauung mit Freiflächen am Neckar, die zudem bedeutend unproblematischer und kostengünstiger herzustellen wären als bisher von der Stadt und den Investoren dargelegt. Dies gilt insbesondere für den Hochwasserschutz. Wir beantragen hierzu die Vorlage eines Gesamtkonzeptes für das gesamte Wörthgelände einschließlich der angrenzenden Bestandsbebauung. Bestehende Anwohner dürfen durch das geplante Bauvorhaben nicht benachteiligt werden.

Für das Wörthgelände sind *bisher* bereits Kosten von 2,0 Mio. Euro entstanden. Im Haushaltsplan 2012 sind *weitere* Kosten von 1,5 Mio. Euro für das Baugebiet ausgewiesen. Bei einer Teilbebauung würden sich diese Kosten beträchtlich reduzieren lassen. Ob die geplanten Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf von 2,1 Millionen zutreffend sind, ist nicht sicher. Eine „schwarze Null“ bei diesem Grundstücksgeschäft liegt jedoch in weiter Ferne.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller

Fraktionsvorsitzender Nürtinger Liste / Grüne

Dieter Braummüller
Helmut Püschel

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Peter Rauscher

Regine Glück
Bernd Sackmann

Claudia Himmer
Reinmar Wipper

Haushaltsrede 2012

Nürtingen, den 12. Januar 2012

HAUSHALTSANTRÄGE

1. Beantragung einer Haushaltsklausursitzung

Wie in der Haushaltsrede erläuternd ausgeführt, beantragen wir eine Haushaltsklausursitzung mit dem Ziel der Erreichung einer langfristigen Haushaltskonsolidierung und einer Reduzierung der Schulden.

2. Überprüfung der Möglichkeit einer zeitlichen Streckung der Sanierungsmaßnahmen der Teufelsbrücke

Wir bitten um Überprüfung, ob die Sanierungsmaßnahmen der Teufelsbrücke zeitlich gestreckt werden können. Für unaufschiebbar halten wir jedoch die notwendigen Sofortmaßnahmen zur provisorischen Sicherung der Brücke. Diese sollten unverzüglich erfolgen. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass die Zuschussfähigkeit der beantragten Denkmalmittel nicht gefährdet wird.

3. Verschiebung der Planung der Steinachbrücke

Die Neuplanung der Steinachbrücke ist hinsichtlich der Dimensionierung und Positionierung bis zur Fertigstellung der Hochwasserschutzplanung entlang der Steinach zwischen der Straßenbrücke beim ehemaligen Gasthaus Schwanen und dem Mündungsbereich zurückzustellen.

4. Beantragung einer alternativen Wegeführung für den Maientagsfestzug

Die Notwendigkeit einer neuen Steinachbrücke wurde u. a. aus Gründen der Befahr- und Begehrbarkeit der Brücke im Rahmen des Maientagsfestzuges für notwendig gehalten. Wir beantragen eine alternative Wegeführung des Festzuges unter Verzicht auf die Benutzung der Steinachbrücke.

5. Erstellung eines Masterplans für die Kindertagesstätten

Wir unterstützen ausdrücklich die Aussage des Oberbürgermeisters in den Ausbau der Kindergärten und Kindertagesstätten weiter zu investieren. Der dabei vom Oberbürgermeister geforderte Masterplan ist eine lobenswerte und unum-

gängliche Grundlage zur Verwirklichung des Zieles für das Ziel einer guten Kinderbetreuungslandschaft. Zusätzlich beantragen wir auch die Einführung einer Leitungsebene in den einzelnen Einrichtungen in drei Jahresschritten bis 2014.

6. Einrichtung eines Betriebskindergartens in der Klinik auf dem Säer

Wir möchten die Stadtverwaltung beauftragen mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass ein Betriebskindergarten beim Krankenhaus auf dem Säer errichtet wird. Dieser Betriebskindergarten benötigt äußerst flexible Öffnungszeiten und damit ein besonderes pädagogisches Konzept. Sichergestellt muss werden, dass diese Einrichtung auch von Kindern von Nichtbeschäftigten des Kreiskrankenhauses besucht werden kann. Ein solcher Kindergarten mit flexiblen Öffnungszeiten ist nicht nur für krankenhausbeschäftigte Eltern notwendig, sondern wegen der flexiblen Arbeitszeiten auch für immer mehr Eltern (z. B. auch im Einzelhandel). Damit würde eine solche Konzeption das System unserer Einrichtungen abrunden.

7. Erstellung einer Übersicht über Auftragsvergaben

Um bei Aufträgen an Handwerksbetrieben Einsparungen und mehr Transparenz zu erzielen, beantragen wir für handwerksaufträge, die nicht ausgeschrieben werden, ein neues Verfahren zu installieren. Die Technische Verwaltung erstellt für alle Branchen und Gewerke Listen von Handwerksbetrieben, Architekten und Ingenieuren usw. aus Nürtingen und Umgebung. Die Aufträge werden dann entlang der Listen vergeben und es werden darauf Datum und Vergabeauftrag vermerkt. Diese Listen werden am Jahresende oder zu Beginn eines neuen Jahres dem Bauausschuss vorgelegt.

8. Prüfung eines Förderantrags für Bürgerbeteiligung

Ohne der Arbeit des „Arbeitskreises Bürgerbeteiligung“ vorgreifen zu wollen, beantragen wir, dass die Stadtverwaltung beim baden-württembergischen Sozialministerium Informationen einholt, nach welchen Kriterien und zu welchen Bedingungen Beratungen zur Bürgerbeteiligung, zur Grundausstattung von Projekten und Qualifizierungen von bürgerschaftlich Engagierten gefördert werden (vgl. Projekt Bürgerrat).

9. Einrichtung einer öffentlichen WC-Einrichtung für das Areal Bahnhof/ZOB/Jugendhaus

Die Schließung der öffentlichen WC Anlage im Jugendhaus zum 1.1.2012 halten wir in Anbetracht der hohen Anzahl von Bahn- und Buskunden für unverantwortlich und unzumutbar. Das Anbieten einer netten Toilette in der Bahnhofsgaststätte kann nur eine vorübergehende Notlösung sein. Für die Betreiber und Nutzer ist dies jedoch keine Dauerlösung. Die Stadt sollte sich zusammen mit den unterschiedlichen Verkehrsbetrieben um die Einrichtung einer kostenpflichtigen WC-Einrichtung kümmern und diese gemeinsam finanzieren bzw. deren Förderung beantragen. Dies ist ein unabdingbarer Bestandteil zur Verbesserung und Förderung des Nahverkehrs.

10. Verschiebung der Sanierung des Hölderlinbrunnens

Wir beantragen, dass die Sanierung des Hölderlinbrunnens aus Kostengründen in das nächste Haushaltsjahr verschoben wird.

11. Kreuzung Heiligkreuzstraße / Hechinger Straße

Wir bitten um Darlegung, warum und wie die Kreuzung Heiligkreuzstr./Hechinger Straße umgebaut werden soll (Planungsrate 25.000 Euro).

12. Verbesserung der Öffnungszeiten der Bürgerämter auf dem Rathaus

Um auch für Berufstätige und Auswärtige besser erreichbar zu sein, bitten wir zu prüfen, ob es möglich ist, dass die Bürgerämter auf dem Rathaus und dem Technischen Rathaus ihre Öffnungszeiten an den Wochentagen von Montag bis Donnerstag reduzieren und eine Öffnung am Freitagnachmittag bis 17 Uhr anbieten.

13. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit

In den Ausschüssen sollen alle Themen öffentlich behandelt und ggf. vorberaten werden, sofern es die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg zulässt. Dies erhöht die Transparenz von Anfang an. Interessierte Bürger können uns Gemeinderäte noch rechtzeitig auf Fehler oder Versäumnisse hinweisen. Sie werden nicht vor vollendete Tatsachen gestellt.

14. Zurückstellung der neuen Radwegbeschilderung

Bevor mit guten Schildern auf schlechte Radwege hingewiesen wird, sollten letztere ausgebessert werden (Bereich Beutwangsee, Stadion Wörth, Oberensinger Festplatz).

15. Verbannung des Fernschwerlastverkehrs auf der B 297

Wir beantragen in die Überlegungen zur LKW-Verkehrsreduzierung auf der B 297 zwischen Nürtingen und Kirchheim insbesondere auch die Vendelaustraße und die Kirchheimer Straße einzubeziehen und eine Lärmpegel- und Feinstaubmessung vorzunehmen. Wir halten diese Messungen für eine sinnvolle Untermauerung des Antrages für ein generelles Durchfahrtsverbot für LKWs zwischen Wörthbrücke und dem Autobahnknotenpunkt Kirchheim-West.

16. Beantragung einer Hochwasserschutzplanung für das geplante Baugebiet Wörth einschl. der angrenzenden Bestandsbebauung zwischen Wörthstraße und Metzinger Straße

Wir beantragen die Erstellung einer Hochwasserschutzplanung für das Gebiet zwischen Neckar und der Bebauung westlich der Metzinger Straße einschl. des Unterlaufs der Steinach. Diese Planung sollte vorgezogen und baulich zusammen mit der geplanten Wohnbebauung auf dem Wörthgelände umgesetzt werden.